

# Landes-Bedienstete im Warnstreik

Verdi hat Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder zu einem ganztägigen Ausstand aufgerufen. Diese fühlen sich seit langem finanziell abgehängt. Vor der zweiten Tarifrunde macht die Gewerkschaft Druck.

Susanne Lahr

**Bielefeld.** Unter den Menschen, die am Mittwochmorgen dem Haupteingang der Universität zustrebten, waren auffällig viele Menschen mit gelben Warnwesten. Gut 100 Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder versammelten sich dort, um mit einem Streik ihren Forderungen nach mehr Lohn und einem Tariflohn für studentische Beschäftigte Nachdruck zu verleihen. Die zweite Verhandlungsronde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) findet am 15. und 16. Januar in Potsdam statt.

In dieser Woche kommt es landesweit zu ersten Warnstreiks in zentralen Bereichen des Landesdienstes. In Bielefeld hatte Verdi am Mittwoch Beschäftigte der Universität, der Hochschule Bielefeld, von Laborschule und Oberstufen-

Kolleg sowie vom Landesbetrieb Straßen NRW zum ganztägigen Ausstand aufgerufen. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ist Verhandlungsführerin in der Tarifrunde, auch für die DGB-Gewerkschaften GdP (Gewerkschaft der Polizei), GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) sowie der Industriegewerkschaft (IG) Bau.

Für die 925.000 Tarifbeschäftigte im TdL-Bereich (ohne Hessen) fordert die Gewerkschaft sieben Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 300 Euro monatlich zur Stärkung der unteren Lohngruppen. Für Nachwuchskräfte soll die Vergütung um 200 Euro pro Monat steigen, zudem wird eine unbefristete Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung gefordert. Die Arbeitgeber hatten in der ersten Runde im Dezember noch kein Angebot vorgelegt.

„Der TV-L ist der schleteste Tarif im öffentlichen Dienst“, sagt Olaf von Straßen NRW, der seinen Nachnamen nicht nennen möchte. „Wir verlieren die Leute beispielsweise an Kommunen, die besser bezahlen, oder sie gehen in die Privatindustrie.“

## Öffentlicher Dienst muss sich für Arbeitnehmer attraktiv machen

Laut Verdi sind derzeit rund 600.000 Stellen im öffentlichen Dienst nicht besetzt. Es sei jedoch wichtig, für die Arbeitnehmer attraktiv zu sein. „Und dazu muss es auch im Portemonnaie stimmen“, sagt Olaf. Für einen Straßewärter mit seinem niedrigen Lohn seien beispielsweise 200 Euro mehr schon wichtig.

Alexandra Hilton, Sachbearbeiterin in der Uni-Verwal-

tung, stört am meisten „die Ungerechtigkeit im Vergleich mit anderen Tarifgruppen“. Der selbe Job, bezahlt nach dem Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD), bringe 400 Euro mehr. „So groß ist die Schere schon“, sagt Hilton. „Der TV-L ist nicht mehr attraktiv genug.“ Auskömmlich sei er angesichts von Kostensteigerung und Inflation mittlerweile auch kaum noch. Außerdem seien Aufgaben mehr geworden, hätten sich verändert, die Digitalisierung schreite voran.

Für Petra Borgsen, Sekretärin an der Uni, geht es neben der Lohnsteigerung auch darum, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es brauche eine Aufwertung des Berufsbildes, Anerkennung und Wertschätzung, sagt sie. Dafür engagiert sich die Personalrätin auch im bundesweiten Netzwerk der Hochschulsekretariate. Dieses

plant für Mittwoch, 28. Januar, ebenfalls einen großen Aktionstag.

Es müsse im Interesse der Arbeitgeber sein, qualifizierte Kräfte zu haben, sagt Julia Werges von der Verdi-Gruppe an der Uni Bielefeld. „Wir halten doch den Laden am Laufen. Ohne uns funktioniert die Daseinsvorsorge der Länder nicht“, sagt sie unter dem Applaus und dem Trillern der Streikenden. Digitalisierung, komplexe Arbeitsprozesse, Weiterbildung – „die Arbeitgeber können nicht erwarten, dass wir für das gleiche Geld einfach so weitermachen“. Und die sieben Prozent seien nicht zu viel verlangt, „am Ende des Tages im Prinzip nur der Inflationsausgleich“.

## Viele studentische Hilfskräfte kriegen gerade Mindestlohn

Andre Günter hat noch einen anderen Punkt. Die studentische Hilfskraft ist in der GEW aktiv und setzt sich für einen „TV Stud“ ein – ein Tarifwerk für die studentischen Hilfskräfte an den Universitäten. Zwar gebe es eine Absichtserklärung der Länder („schuldrechtliche Vereinbarungen“), die den Hilfskräften zumindest eine Bezahlung knapp über Mindestlohn bescheren soll. Und an der Uni Bielefeld werde sie „auch im Großen und Ganzen eingehalten“, aber das sei zu oft noch abhängig vom guten Willen von Professoren oder Dozenten. „Die Vereinbarung ist nicht einklagbar“, sagt Günter, „aber es braucht endlich einen Rechtsanspruch.“ Zudem seien viele Verträge immer wieder nur befristet.

„Die Hilfskräfte haben einen wesentlichen Anteil am Gelingen von Wissenschaft und Forschung“, betont Gewerkschaftsekretärin Claudia Hegerer. Gleichzeitig würden sie „ziemlich ausgebeutet“, ergänzt Martina Schu, Bezirksgeschäftsführerin von Verdi. „Sie haben keine gesicherten Rahmenbedingungen.“ Insfern hält sie es für einen „Skandal“, dass der Verhandlungsführer der TdL, Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD), keine Gründe dafür sieht, einen Tarif für die Studenten aufzusetzen.

# Neuer Klinikdirektor am EvKB

Udo Dannlowski neuer Leiter der Psychiatrie und Psychotherapie.

**Bielefeld-Bethel.** Die Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Evangelischen Klinikum Bethel hat mit Universitätsprofessor Udo Dannlowski einen neuen Ärztlichen Leiter bekommen.

Der Mediziner und Psychoologe übernahm die Klinikführung am 1. Januar und tritt die Nachfolge von Martin Driesen an, der die Klinik mehr als 26 Jahre geprägt hat und im Frühjahr 2026 in den Ruhestand geht. Mit der Leitung am EvKB ist zugleich die Beauftragung zum Universitätsprofessor W3 für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik an der Medizinischen Fakultät OWL der Universität Bielefeld verbunden. Das EvKB gehört zum Universitätsklinikum OWL der Universität Bielefeld.

Dannlowski zählt zu den international profilierten For-

schen für Depressionen und Angststörungen und verknüpft moderne Bildgebung mit Genetik und Psychotherapie. Er leitete in Münster eine Sektion zur Transitionspsychiatrie und veröffentlichte über 550 Arbeiten. Er führt weiterhin das Institut für Translationale Psychiatrie in Münster, was die Kooperation der Universitäten Münster und Bielefeld stärkt. Driesen begleitet den Übergang bis zum Frühjahr.

Die Klinik versorgt ein breites Spektrum von Depressionen bis Psychosen und bietet stationäre, teilstationäre und ambulante Behandlungen. Dannlowski betont die enge Verzahnung von Forschung und Versorgung und will Erkenntnisse schneller in individuelle Therapien überführen. „Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe im EvKB.“



Zu Beginn der Streikversammlung von Verdi vor der Universität Bielefeld ist die Zahl der Streikenden noch recht übersichtlich, es kommen letztlich mehr als 100, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Foto: Peter Unger



EvKB-Geschäftsführer Thorsten Kaatze (v.l.), Claudia Hornberg, Dekanin der Medizinischen Fakultät OWL der Universität Bielefeld, Udo Dannlowski und Angelika Epple, Rektorin der Universität Bielefeld, arbeiten zusammen.

Foto: Manuel Bünenmann

## Neue Westfälische

Herausgeber: Klaus Schrottofer  
Chefredaktion: Andrea Rolfs, Martin Fröhlich (Stellv.)  
Lokales: Stefan Gerold (Leitung)  
Redaktionstechnik: Stefan Weber

Der Zeitungsverlag Neue Westfälische ist bei Trägerzustellung 61,90 EUR, bei Postzustellung 68,90 EUR; Digitale Zeitung (ePaper) 34,90 EUR, jeweils inkl. 7% MwSt. Bei Abonnement-Unterbrechung erfolgt eine Erstattung des Bezugspreises ab dem 7. Tag der Unterbrechung (Unterbrechung ePaper ist ausgeschlossen).

Veröffentlichungen in Print- oder elektronischen Medien sowie Vervielfältigungen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Sofern Sie Artikel dieser Zeitung in Ihre internen elektronischen Presse-Spiegel übernehmen wollen, erhalten sie erforderliche Rechte unter www.presse-monitor.de oder unter Telefon 030 284930, Pressemonitor GmbH.

Geschäftsführung:  
Klaus Schrottofer  
Herstellung: NOZ-Druck, Osnabrück  
Internet: www.nw.de  
E-Mail: bielefeld@nw.de

Anspricht für Redaktion und Verlag: Zeitungsverlag NEUE WESTFÄLISCHE GmbH & Co. KG, 33602 Bielefeld, Niedernstraße 21–27, Pressehaus, Postfach 10 02 25, 33502 Bielefeld, Telefon 0521 555-0

## Leserbriefe an bielefeld@nw.de

### Russische Waffen gegen die Ukraine

Russland setzte nach eigenen Angaben zum erst zweiten Mal die neue ballistische Mittelstreckenrakete Oreschnik gegen die Ukraine ein, die laut Moskau die zehnfache Schallgeschwindigkeit erreicht und angeblich nicht abgefangen werden kann (NW vom 10. Januar).

Im Artikel zum Angriff Putins auf Kiew wird Dimitri Medwedew, ehemaliger Präsident Russlands, jetzt stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, zitiert: „Gefährliche Psychopathen brauchen eine Zwangsjacke oder eine Rettungsspritze mit Haloperidol“ (Medikament gegen Schizophrenie). Meint sich selbst oder seinen Präsidenten? Gern auch einen Teil seiner despatischen, internationalen Kollegen der Welt? Nach dem „Diagnosekatalog“ ICD-10/11 DSM 5 wird eine dissoziale,

antisoziale Persönlichkeit diagnostiziert, wenn die Merkmale Empathiemangel, manipulatives Verhalten, mangelndes Gewissen, nazistische Züge, Impulsivität, erhöhtes Bedürfnis nach Stimulation vorliegen. Nicht nur die Kriegsbilder aus der Ukraine erzählen von den pathologischen Persönlichkeitszügen hinter diesen Befehlsgebern auf allen Kontinenten. Schwerwiegend wird es, wenn diese Männer über Macht und Mittel verfügen. Mit ihren pathogenen Persönlichkeitsstörungen überziehen sie die Völker der Welt mit Gewalt, Krieg und Elend. Individuen mit Verhaltensstörungen empfiehlt die KI, sich in psychiatrische Behandlung zu begeben. Bei Selbst- und Fremdgefährdung sei eine Zwangseinweisung möglich (Paragraf 1831), in Deutschland. Insbesondere, wenn keine Krankheitseinsicht vorliegt.

Nachsatz: Noch darf dies gesagt und geschrieben werden, um dann mit Wilhelm Busch aus Max und Moritz zu schlie-

ßen: Wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe! Sie waren mit ihren Streichen nur böse Dorfbuben, endeten aber zwischen den Mahlsteinen des Müllers. Ein Blick in die Welt präsentiert uns böse, gestörte Buben an den Atomwaffen, heftiger denn jedes Mahlwerk. (....)

Detlev Osenbrück  
33607 Bielefeld

### Abkommen mit Mercosur-Staaten

Europas Kampf um Lateinamerika: Beim Mercosur-Abkommen geht es für die EU um weniger Zölle und mehr Einfluss (NW vom 7. Januar).

(...) Es wurde nicht ausführlich dargestellt, welche Nachteile das Abkommen für Umwelt, Klima, Indigene und Kleinbauern vor allem in Brasilien, aber auch in der EU bedeutet. (....) Kein Wort zu den Bedenken der Umwelt- und Klima- Nichtregierungsorga-

nisationen sowie den kirchlichen Hilfswerken. So wird neben dem Regenwald auch die derzeitig weitgehend nachhaltige Landwirtschaft im brasilianischen Cerrado, der artenreichsten Savanne der Erde, durch massive Abholzung für industrielle Soja- und Viehzucht mit hohen Biodiversitätsverlusten und einer Bedrohung des Wasserreservoirs Brasiliens – acht der zwölf großen Wassereinzugsgebiete haben dort ihre Quellen – zerstört.

Das Ergebnis des Abkommens wird sein, dass sich die Abholzung des Regenwaldes und damit die Auswirkung auf das weltweite Klima, die illegale Vertreibung von Indigenen und Kleinbauern zugunsten von landwirtschaftlichen Großgrundbesitzern mit Flächen von über 20.000 Hektar verstärken wird. Pestizide, die in der EU längst verboten sind, werden wir über Import „frei Haus“ bekommen. Ob die Lebensmittelbranche und die Verbraucher in Europa in Zukunft auf Fleisch aus Merco-

sur-Staaten verzichten werden, wenn der Preis günstig ist, ist mehr als ungewiss. Wo bleiben da eigentlich die „Werte des Westens“?

Manfred Dümmen  
33609 Bielefeld

### Gemeinschaftsgut Gesundheit

Abgabe auf Alkohol soll das Gesundheitssystem entlasten: In Deutschland sind Bier und Wein besonders günstig, dabei hat der Konsum teure Folgen (NW vom 9. Januar).

(...) Alkohol, Zigaretten und Zucker machen krank – das weiß jeder. Und trotzdem wird weiter stark getrunken, gezaucht und gezuckert, als gäbe es keine Konsequenzen.

Doch die gibt es. Sogar massive Herzinfarkte, Krebs, Diabetes, chronische Erkrankungen – und explodierende Kosten im Gesundheitssystem. Der eigentliche Skandal dabei

ist: Bezahlen müssen wir alle. Auch diejenigen, die bewusst verzichten, sich gesund ernähren und Verantwortung für ihren Körper übernehmen.

Warum soll die Solidargemeinschaft dauerhaft für Risiken aufkommen, die freiwillig und wider besseres Wissen eingegangen werden? Das ist weder gerecht noch vermittelbar. Solidarität darf keine Einbahnstraße sein.

Höhere Steuern auf Alkohol, Tabak und stark zuckerhaltige Produkte wären ein längst überfälliger Schritt. Sie würden nicht nur den Konsum bremsen, sondern endlich dort Geld einbringen, wo es dringend gebraucht wird: in den Krankenkassen. Wer diese Produkte konsumiert, sollte auch stärker an den Folgekosten beteiligt werden.

Gesundheit ist kein Selbstbedienungsladen ohne Rechnung. Wer sie bewusst aufs Spiel setzt, muss Verantwortung übernehmen – auch finanziell.

Jürgen Thannhäuser  
33647 Bielefeld

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Bitte beschränken Sie sich auf eine maximale Länge von 50 Zeichenzeilen (1.400 Anschläge). Längere Leserbriefe werden gekürzt, anonyme Zuschriften nicht berücksichtigt.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegt folgender Prospekt bei:

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilausgaben für Ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute den untenstehend genannten Prospekt nicht vorfinden.

Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne! Telefon (0521) 430 617-18



10608601\_00032